

WIFO zur Wertschöpfungsabgabe: Beschäftigungsplus möglich, aber auch Risiken

Die von der Politik diskutierte Einführung einer Wertschöpfungsabgabe dürfte zwar kurzfristig positive Effekte haben, die möglichen Nachteile sind aber schwierig einzuschätzen. Auf lange Sicht könnte die Nachfrage nach Arbeitskräften sogar sinken. Zu diesem Schluss kommt WIFO-Steuerexpertin Margit Schratzenstaller in einer aktuellen Kurzexpertise. Sie verweist auf zusätzlichen Forschungsbedarf.

Die politisch umstrittene Wertschöpfungsabgabe könnte sich kurzfristig positiv auf die Beschäftigung auswirken. Ob sie sich jedoch eignet, die soziale Sicherung in Österreich besser zu finanzieren, lässt sich nicht belegen: Die neue Abgabe könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionsnachfrage hemmen. Das ergibt eine gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellte Kurzexpertise des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), die in Kürze erscheint.

Es ist geplant, die Wertschöpfungsabgabe als Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung auszugestalten. Sie würde die derzeit rein lohnsummenbasierten Arbeitgeberbeiträge teilweise ersetzen und stattdessen Unternehmens- und Kapitalerträge besteuern. In Zeiten von Digitalisierung und Automatisierung, die die Arbeitskräftenachfrage dämpfen können, soll die neue Abgabe beitragen, die soziale Sicherung zu finanzieren. Zudem wäre, so die Idee, der Faktor Arbeit entlastet.

Ob eine derartige Steuer langfristig eine Beschäftigungssteigerung mit sich bringt und zur sozialen Sicherung beiträgt, ist aber nicht belegbar: "Für gesicherte Aussagen fehlen die Daten. Die Forschung ist lückenhaft", sagt WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller. Dass die Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen massiv gefährdet ist, sei zudem in Österreich derzeit nicht absehbar. Unklar ist auch, wie sich eine Wertschöpfungsabgabe auf die Einkommensverteilung auswirkt: "Falls Unternehmen die Abgabe über die Preise auf die privaten Haushalte teilweise überwälzen, würden einkommensschwache Bevölkerungsschichten sogar darunter leiden."

Auf lange Sicht könnte die Abgabe die Investitionen der Unternehmen dämpfen. Wenn die inländischen Unternehmensgewinne stärker belastet werden, dürften Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum leiden. "Damit würde die Nachfrage nach Arbeitskräften letztlich sogar sinken und nicht – wie erhofft – steigen", sagt Schratzenstaller. Ebenfalls zu bedenken: Gewinne sind von Unternehmen besser zu ihren Gunsten gestaltbar als die Lohnsumme. Vor allem multinationale Unternehmen, die einen größeren Spielraum zur Gewinnverlagerung ins Ausland haben, wären schwierig zu besteuern.

Eine Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherung hält WIFO-Ökonomin Schratzenstaller dennoch für überfällig. "Der Faktor Arbeit ist in Österreich definitiv zu stark belastet. Einzelne neue Abgaben wie die Wertschöpfungsabgabe greifen aber zu kurz. Was fehlt, ist ein umfassendes Konzept zum Umbau des Steuer- und Abgabensystems."

In den WIFO-Monatsberichten (<http://monatsberichte.wifo.ac.at>) erscheint in den nächsten Tagen eine Analyse der möglichen Auswirkungen der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

Wien, am 24. Oktober 2016

*Rückfragen bitte am Montag, dem 24. Oktober 2016, bis 16 Uhr an
Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger, Tel. +43 (0) 664/225 66 30,
Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at*